

Gemeinsame AfD Positionen für die Direkt-Wahlkreise 106 (Andrea Kraljic) und 107 (Uta Opelt)

1. Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Energiepolitik

Die AfD bekennt sich ganz klar zu einem achtsamen, effizienten und nachhaltigen Umgang mit den vorhandenen Ressourcen und setzt auf unabhängige Forschung und Innovationen in diesen Bereichen.

Nachhaltiges Wirtschaften ist die Grundlage der Erfolgsgeschichte unseres Mittelstandes in Deutschland über die letzten Jahrzehnte ohne, dass ständig der Begriff "Nachhaltigkeit" betont wurde.

Ökonomie, Ökologie und Naherholung ergänzen sich und stehen für uns nicht im Widerspruch; einheimische Wälder und Tierarten sind zu schützen.

Der subventionierte Ausbau regenerativer - nicht grundlastfähiger - Energien führen u.E bereits jetzt schon zu einem ökonomischen als auch zu einem ökologischen Desaster, belasten unsere Natur, führen zu unnötigen Preissteigerungen für die Bürger (höchste Strompreise in Europa), zerstören die Industrielandschaft in unserem Land und führen zu Arbeitsplatzverlusten.

Die AfD lehnt den geplanten radikalen industriellen und gesellschaftlichen Umbau der Bundesregierung ab, befürwortet eine Kündigung des Pariser Klimaabkommens und setzt sich gegen jegliche Formen einer CO²-Besteuerung ein.

Unsere Natur; unsere gesamte Erde ist weltweit vor Raubbau zu schützen und nicht mit völlig übertriebenen Klimazielen hier in Deutschland.

Strom/Energie muss für die Bürger auch in Zukunft bezahlbar bleiben und Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben: das gelingt nicht mit der gegenwärtigen Energie- und Klimapolitik!

2. Mobilität für Wirtschaft und Bevölkerung

Die AfD spricht sich für eine intakte, flächendeckend ausgebaute Infrastruktur für Wirtschaft und Bevölkerung (auch auf dem Land) aus. Menschen müssen unabhängig wo sie wohnen pünktlich und schnell zur Arbeit kommen. Eine Bevorzugung eines bestimmten Verkehrsmittels lehnen wir ab; Bürger sollen frei wählen können, welches Verkehrsmittel sie benutzen wollen. Gleichzeitig ist besonders in den Städten der ÖPNV inkl. P&R-Plätze stärker auszubauen sowie die Taktung von Bus-, Bahn- und Vernetzung mit dem Flugverkehr zu optimieren. Individuelle Mobilität muss für jeden Bürger bezahlbar bleiben!

Unsere Wirtschaft benötigt zuverlässige Nah- und Fernverkehrsnetze, gut ausgebauten Straßen und Brücken. Bundesautobahnen müssen entlastet und multimodale Güterverkehrszentren (Straße, Schiene und Wasserwege) sind zu verdichten und auszubauen. Flughäfen sind für ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und somit zu fördern.

Die AfD in Düsseldorf setzt sich ausdrücklich für den Erhalt sowie den Ausbau des Reisholzer Hafens ein, zum Schutz unserer Wirtschaft und der damit zusammenhängenden Arbeitsplätze und sicheren An- und Abfahrtswegen.

3. Fachkräftesicherung und Digitalisierung

Ein leistungsorientiertes, differenziertes Bildungswesen, wie es die AfD fordert, bildet auch die Grundlage für sehr gut ausgebildete und ausreichende Fachkräfte für unsere Unternehmen und verhindert einen Akademisierungswahn. Deshalb fordert die AfD die Rückkehr zu unserem einst herausragenden mehrgliedrigen Schulsystem, das den unterschiedlichen Begabungen der Schüler gerecht wurde. Außerdem sind wir für den Erhalt von Förder- und Sonderschulen sowie eine Stärkung der beruflichen Bildung (bereits in den Schulen): "Meister statt Master". Auszubildende Unternehmen müssen mehr staatliche Unterstützung und Erleichterungen bekommen.

Das Schaffen der Rahmenbedingungen für eine entsprechende Digitalisierung der Schulen/Ausbildungsstätten sowie den Ausbildungseinrichtungen für Lehrpersonal muss schnellstmöglich nachgeholt werden unter Berücksichtigung der didaktisch-methodisch und altersgerechten Prozesse sowie der Sinnhaftigkeit von Arbeits- und Lernerleichterung.

4. Wirtschaft nach Corona: Internationale Einbindung und Wachstums-sicherung

Die AfD steht klar zur Sozialen Marktwirtschaft und Wohlstandssicherung im eigenen Land.

Die Corona-Krise hat die deutsche Wirtschaft zwar hart getroffen, unser Land hat sich aber dennoch als krisenfest erwiesen. Verantwortlich dafür war vor allem der deutsche Mittelstand, der seit Jahrzehnten das Rückgrat unserer Wirtschaft darstellt und Millionen von Arbeitsplätzen sichert. Die AfD ist daher für einen „Blue Deal“. Multinationale Riesen-Konzerne dürfen nicht länger subventioniert werden und unsere inländischen Unternehmen sind von überbürokratisierten staatlich herbeigeführten Belastungen zu befreien. Dazu gehört eine Entschlackung und Flexibilisierung des Arbeitsrechts genauso wie der Wiederaufbau eines nationalen pharmazeutisch-medizinischen Kompetenzzentrums.

Wir wollen den Mittelstand entlasten, politische Belastungen für Unternehmen beseitigen, unsere Schüler und unser Bildungssystem wieder wettbewerbsfähig machen sowie selbstständiger Erfindergeist und Start-Up-Unternehmen unbürokratisch fördern.

Gerade in Zeiten von bzw. nach Corona, ist es wichtig, dass sich die Politik in den Parlamenten, den Stadträten oder in den Gremien auf ihre wesentlichen Aufgaben besinnt und die Sorgen und Nöte der Bürger ernst nimmt: wie die wirtschaftlichen Auswirkungen von Corona-Maßnahmen auf Handel, Gastronomie oder Einzelhandel und deren Angestellten; bezahlbarer Wohnraum und bezahlbare Energie; die abnehmende Sicherheit auf unseren Straßen und Plätzen oder die menschenwürdige Betreuung von Senioren in Pflegeheimen und Krankenhäusern. Hierfür sollten die Milliarden Steuer-Gelder bereitgestellt werden anstatt für sog. "Klimarettung" oder für "Genderwahnsinn".